Zukunftschancen für alle - notwendige Bildungsreformen jetzt anpacken

Drucksache **8/6803** · eingebracht 2026-04-08 — Antragsteller: **GRÜNE**

Bildung | Soziales | Inklusion | Demokratie

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine grundlegende Reform des sachsen-anhaltischen Bildungssystems hin zu mehr Gerechtigkeit, Inklusion und Gemeinschaft durch Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit, Ausbau von Gemeinschaftsschulen, Abschaffung der Sekundarschule und Förderschule Lernen, Ganztagsausbau und Mehrzwecknutzung von Schulgebäuden.

KERNFORDERUNGEN

- Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit bis Klasse 6
- Einführung eines zweigliedrigen weiterführenden Systems (Gemeinschaftsschulen + Gymnasien)
- Inklusion als Regelform durch Aufgabe der Förderschule Lernen
- Flächendeckender Ganztagsausbau mit zivilgesellschaftlicher Einbindung
- Schulgebäude als 'Dritte Orte' für die Gemeinschaft

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag adressiert zentrale GWÖ-Themen: Soziale Gerechtigkeit (D4) durch Abbau herkunftsbedingter Ungleichheit, Solidarität (D2) durch inklusive Gemeinschaftsschulen und Ganztagsausbau, Ökologische Nachhaltigkeit (E3) indirekt über Ressourceneffizienz durch Mehrzwecknutzung von Schulgebäuden ('Dritte Orte'), sowie Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch partizipative Schulkonferenzentscheidungen. Die Forderung nach Abschaffung der Sekundarschule und Förderschule Lernen stärkt die Menschenwürde (D1) durch Entstigmatisierung und Chancengleichheit. Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; mehrere Felder erreichen +4 bis +5.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Fokussierung auf Bildungsgerechtigkeit und Inklusion
- Konsequente Verankerung von Mitbestimmung (Schulkonferenz, Kommunen)
- Systemischer Ansatz mit Verknüpfung von Schule, Gemeinde und Zivilgesellschaft

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungsplanung für den massiven Personal- und Infrastrukturaufwand
- Unklare Übergangsregelungen für bestehende Sekundarschulen und Förderschulen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	·	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	+	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 **Solidarität im unmittelbaren Wirkungsbereich** `Bewertung: +5`

Gemeinschaftsschulen, Ganztagsausbau mit kulturellen/sportlichen Partnern

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Gerechte Bildungschancen, Inklusion, kostenfreie Zusatzangebote

D1 **Menschenwürde im unmittelbaren Wirkungsbereich** `Bewertung: +4`

Entstigmatisierung durch Aufhebung selektiver Schulformen und Förderschulen

D5 **Transparenz & Mitbestimmung im unmittelbaren Wirkungsbereich** `Bewertung: +4`

Schulkonferenzentscheidung zu G8/G9, kommunale Gestaltungsfreiheit bei Ganztagskonzepten

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Kernpositionen: Wiedereinführung verbindlicher Schullaufbahnempfehlung (Q12), Festhalten an differenziertem Schulsystem (Q11), Stärkung der Sprachförderung vor Einschulung (Q14) statt Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit. Die Forderung nach Abschaffung der Sekundarschule und G8-Abschaffung konterkariert CDU-Positionen zur Leistungsdifferenzierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

Widerspricht dem CDU-Grundsatzprogramm 2024: Betonung von Leistung, individueller Förderung und 'leistungsgerichteter Benotung' (Q12, Q17), Ablehnung einer 'Einheitsbildung' zugunsten des 'Wettbewerbs um die besten Bildungskonzepte' (Q16). Die Forderung nach gemeinsamer Grundschulzeit bis Klasse 6 steht im Kontrast zum CDU-Bildungsverständnis als 'individuelle Förderung und Leistungsbereitschaft vereint' (Q11).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch zu AfD-Kernpositionen: Ablehnung von Inklusion und Gemeinschaftsschulen zugunsten traditioneller Strukturen, Ablehnung von 'Gender-Ideologie' (implizit in geschlechtergerechter Sprache des Antrags), Kritik an 'Gleichmacherei'. Der Antrag fordert systemische Inklusion und soziale Durchlässigkeit – beides fundamental afdfremd.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 9/10

Obwohl kein LINKE-Wahlprogramm im Kontext vorhanden ist, entspricht der Antrag vollständig den bekannten linkepolitischen Kernforderungen: Abschaffung selektiver Schulformen, Ausbau von Gemeinschaftsschulen, Inklusion, Ganztagsausbau, Bekämpfung von Bildungsarmut. Die Forderung nach 'gemeinsamem inklusivem Unterricht zur Norm' und 'Abbau herkunftsbedingter Ungleichheit' spiegelt linke Bildungspolitik wider.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 9/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag deckt sich nahezu vollständig mit SPD-Wahlprogramm 2021: 'Inklusion gehört zum Selbstverständnis sozialdemokratischer Bildungspolitik' (Q23), 'Bildung durchlässig gestalten' (Q23), 'Ganztagsschule ausbauen – als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders' (Q27), 'Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft aufbrechen' (Q27). Die Forderung nach längeren gemeinsamen Lernphasen und Gemeinschaftsschulen entspricht SPD-Zielsetzungen.

> „Inklusion gehört zum Selbstverständnis sozialdemokratischer Bildungspolitik, und jeder Versuch der Rückentwicklung wird von uns verhindert, da nur mit Inklusion eine tatsäch- lich gerechtere Welt möglich ist."
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 32

PARTEIPROGRAMM 9/10

Deckt sich mit Hamburger Programm: 'Deutschland braucht mehr soziale Durchlässigkeit im Bildungswesen' (Q27), 'Ganztagsschule ausbauen – als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders' (Q27), 'Bildung stärkt die Persönlichkeit und befähigt zur Toleranz' (Q28).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Grünen Wahlprogramm 2021 abgeleitet: 'Kommunale Bildungslandschaften' (Q2), 'fächerübergreifender Unterricht' (Q1), 'inklusiver Unterricht' (Q3), 'Fortbildungen in Demokratiepädagogik' (Q3), 'kostenfreier Zugang zu kultureller, sportlicher und ehrenamtlicher Bildung' (Q2). Die Forderung nach 'Dritten Orten' entspricht Q2 ('Schulgebäude müssen multifunktional werden').

> „Kurze Beine, kurze Wege, lokale Lösungen Jede lokale Situation ist anders. Daher kann direkt vor Ort am besten geplant werden, welche Schulformen oder Verbünde von Schulen es geben soll und wie der Unterricht organisiert wird. Wir wollen kommunale Bildungslandschaften, in denen alle Angebote und Ideen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport, Kultur, Politik und Verwaltung zusammengeführt sind."
> Grüne Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 112

PARTEIPROGRAMM 10/10

Deckt sich vollständig mit Grundsatzprogramm 2020: 'Gute Bildung zeichnet sich dadurch aus, dass sie bestehende Ungleichheiten nicht zementiert, sondern sie überwinden hilft' (Q7), 'Recht auf gute Bildung ist ein lebenslanges und jedem Menschen offenstehendes Recht auf Selbstbestimmung, Mündigkeit und gesellschaftliche Verantwortung' (Q8), 'Digitales Lernen ermöglicht auch eine Stärkung des individualisierten und inklusiven Unterrichts' (Q6).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht grundlegenden FDP-Positionen: FDP setzt auf 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q37), 'vielfältiges und engagiertes Umfeld' (Q37), nicht auf zentral gesteuerte Schulformabschaffung. Die Forderung nach Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit und Abschaffung der Sekundarschule widerspricht dem FDP-Bekenntnis zur 'Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung' (Q38) und zur 'Vielfalt der Bildungswege' (Q39).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die gemeinsame Grundschulzeit bis zur 6. Klasse zu verlängern, um die zu frühe Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Schulformen zu beenden;

> die gemeinsame Grundschulzeit bis zur 6. Klasse zu verlängern, unter Einbeziehung eines flexiblen Übergangsmodells mit individuellen Förderpfaden, um die zu frühe Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Schulformen zu beenden;

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D4 (Soziale Gerechtigkeit) durch Berücksichtigung heterogener Lerngruppen ohne Selektion, vermeidet Risiko einer neuen Form der Segregation innerhalb der Gemeinschaftsschule.

Vorschlag 2 von 3

Original: allen Gymnasien die Möglichkeit zu geben, das Abitur nach 13 Jahren (G9) statt nach 12 Jahren (G8) einzuführen und sie dabei zu unterstützen.

> allen Gymnasien die Möglichkeit zu geben, das Abitur nach 13 Jahren (G9) einzuführen – **unter der Voraussetzung, dass ein pädagogisches Konzept zur Entlastung von Schüler*innen und Lehrkräften sowie zur qualitativen Aufwertung des Unterrichts vorgelegt wird**;

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld C3 (Politische Führung) durch klare Qualitätsanforderung an Reformen und vermeidet rein organisatorische Verlängerung ohne pädagogischen Mehrwert.

Vorschlag 3 von 3

Original: den Kommunen zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen, Schulen zu Dritten Orten weiterzuentwickeln und so eine Mehrzwecknutzung der Gebäude nach dem Unterricht und am Wochenende zu ermöglichen.

> den Kommunen zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen, Schulen zu Dritten Orten weiterzuentwickeln – mit klarem Fokus auf gemeinwohlorientierte Nutzung (z.B. Bürgerzentrum, Klimaschutzwerkstatt, Nachbarschaftsladen) und unter Beteiligung lokaler Akteure im Rahmen von Bürgerhaushalten;

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D5 (Transparenz & Mitbestimmung) durch strukturierte Partizipation und E3 (Ökologische Nachhaltigkeit) durch explizite Verknüpfung mit Klimaschutzzielen.

Original-Antrag

Drucksache 8/6803

Zukunftschancen für alle - notwendige Bildungsreformen jetzt anpacken

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

08.04.2026

Drucksache 8/6803

öffentlich

Antrag

–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunftschancen für alle - notwendige Bildungsreformen jetzt anpacken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Bildungserfolg von Kindern noch immer in hohem Maße vom Elternhaus abhängig. Kinder aus einkommensarmen und bildungsbenachteiligten Familien haben geringere Chancen auf hohe Bildungsabschlüsse als Kinder aus privilegierteren Familien. Bildungsstudien zeigen seit Jahren, dass soziale Herkunft in Deutschland und damit auch in Sachsen-Anhalt einen zu starken Einfluss auf den Bildungserfolg hat. Ein Bildungssystem, das Kinder früh auf unterschiedliche Schulformen verteilt und ungleiche Startbedingungen nicht ausreichend ausgleicht, verfestigt soziale Unterschiede, statt sie abzubauen. Ziel von Bildungspolitik muss es deshalb sein, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und allen Schüler*innen bestmögliche Bildungserfolge zu ermöglichen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zum Ende der Legislaturperiode ein Konzept zur grundlegenden Reform des Bildungssystems zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen. Dieses Konzept soll die folgenden Ansprüche erfüllen:

- die gemeinsame Grundschulzeit bis zur 6. Klasse zu verlängern, um die zu frühe Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Schulformen zu beenden;
- ein weiterführendes Schulsystem zu schaffen, das aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien besteht. Die Schulform Sekundarschule soll dafür abgeschafft werden. An allen Gemeinschaftsschulen soll die Möglichkeit geschaffen werden, alle Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur zu erreichen. Hürden wie Festlegungen zu Mindestschülerzahlen für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen sollen dafür abgeschafft werden;

(Ausgegeben am 08.04.2026)

- allen Gymnasien die Möglichkeit zu geben, das Abitur nach 13 Jahren (G9) statt nach 12 Jahren (G8) einzuführen und sie dabei zu unterstützen. Ob ein Gymnasium G8 oder G9 anbietet, soll in der Schulkonferenz gemeinsam diskutiert und entschieden werden. Für die Einführung von G9 soll an der Schule in Abstimmung mit dem Schulträger ein pädagogisches Konzept entwickelt werden;
- dafür zu sorgen, dass gemeinsamer inklusiver Unterricht in der Regelschule zur Norm statt zur Ausnahme wird. Dafür sollen die meisten Förderschulen in Regelschulen aufgehen. Insbesondere soll als erster Schritt die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen abgeschafft werden;
- alle Schulen zu Ganztagsschulen weiterzuentwickeln. Welche Art der Rhythmisierung von schulischer Bildung, informeller Bildung, Freizeitgestaltung und Erholung im Rahmen des Ganztags an den Schulen angeboten wird, können die Schulen gemeinsam mit dem Schulträger je nach den örtlichen Gegebenheiten konzeptionell gestalten. Dafür sollen an allen Schulen Angebote von Volkshochschulen, Musikschulen, Sportvereinen und dem Ehrenamt integriert werden, sodass allen Schüler*innen ein möglichst kostenfreier oder zumindest kostengünstiger Zugang zu kultureller, sportlicher und ehrenamtlicher Bildung zur Verfügung steht;
- den Kommunen zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen, Schulen zu Dritten Orten weiterzuentwickeln und so eine Mehrzwecknutzung der Gebäude nach dem Unterricht und am Wochenende zu ermöglichen. So könnten Schulen neben Bildungsorten auch zu Orten der Gemeinschaft für alle weiterentwickelt werden. Das kann auch ein Weg sein, um bestandsgefährdete Schulen in ländlichen Räumen zu erhalten.

Um die Reform des Bildungssystems zügig umsetzen zu können, sind die entsprechenden gesetzlichen und schulbaulichen Voraussetzungen zu schaffen sowie die Lehrkräfteausbildung anzupassen.

Begründung

Das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt steht vor grundlegenden Herausforderungen. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist weiterhin zu stark ausgeprägt. Gleichzeitig verschärfen Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfall und ungleiche Förderbedingungen die bestehenden Ungleichheiten. Schule kann ihrem Anspruch auf Chancengerechtigkeit unter diesen Bedingungen nicht für alle Kinder gleichermaßen gerecht werden.

Eine Reform des Bildungssystems ist deshalb notwendig, um Bildungswege gerechter zu gestalten und Schüler*innen besser zu fördern. Längeres gemeinsames Lernen, mehr Durchlässigkeit im weiterführenden Schulsystem, der Ausbau von Gemeinschaftsschulen, mehr inklusive Bildung sowie gute Ganztags- und Unterstützungsangebote können dazu beitragen, dass soziale Unterschiede im Bildungserfolg verringert werden. Ein gerechteres Bildungssystem

verbessert nicht nur die Teilhabechancen von Kindern, sondern schafft auch bessere Voraussetzungen für gute schulische Leistungen. Schule darf soziale Ungleichheit nicht verstärken, sondern muss sie aktiv abbauen.

Damit eine solche Reform gelingen kann, muss auch die Lehrkräftebildung angepasst werden. Lehrkräfte müssen besser auf heterogene Lerngruppen, inklusiven Unterricht, Gemeinschaftsschulen und veränderte schulische Anforderungen vorbereitet werden. Eine bedarfsgerechte und praxisnahe Lehrkräfteausbildung ist daher eine wesentliche Voraussetzung dafür, Reformen im Bildungssystem wirksam umzusetzen.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz